Nezahat Baradari
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Kreis Olpe/Märkischer Kreis I

20. Dezember 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde der SPD,

ein spannendes Jahr 2019 geht zu Ende. Für mich war es gleichzeitig auch das erste Jahr als Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Ich habe in diesen zwölf Monaten tolle Menschen und sehr engagierte Kolleginnen und Kollegen kennengelernt. Aber auch in der SPD gab es wieder einige Veränderungen. So haben wir nicht nur einen neuen Fraktionsvorsitzenden, sondern nach auch ein von den Mitgliedern gewähltes Führungsduo an der Parteispitzen.

Nun müssen wir den Blick nach vorne richten und für unsere sozialdemokratischen Positionen gemeinsam arbeiten. Dies gilt insbesondere für den Kampf gegen Alters– und Kinderarmut, für die Verringerung der Schere zwischen Arm und Reich, für die soziale Gestaltung der Digitalisierung, für den Einsatz der nationalen und internationalen Sicherheit sowie für eine bessere medizinische Versorgung. Unser sozialdemokratisches Profil muss weiter geschärft werden.

Auch im kommenden Jahr gibt es viel zu tun:

Die von uns in langen Verhandlungen durchgesetzte Grundrente ist noch nicht Gesetz. Das gleiche gilt für einige Teile des Klimapakets sowie für das Kohleausstiegsgesetz und die daran gekoppelten Strukturhilfen.

Ebenso finden im kommenden Jahr Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen statt. Wir als SPD wollen dabei nicht nur die schon bestehenden Mandate verteidigen, sondern auch neue hinzugewinnen und somit den Machtwechsel auch im Land nach der nächsten Landtagswahl 2020 einläuten. Damit uns dies gemeinsam gelingt brauchen wir viele helfende Hände und Unterstützung. Nur zusammen können wir das schaffen!

Ich wünsche euch allen auch auf diesem Wege eine frohes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und dann einen guten Start ins neue Jahr 2020!

Mit besten Grüßen aus Berlin

Eure

Nezahat

Themen u. a.

- Gesetze in 2019
- Besuch beim Bundespräsidenten
- Hilfetelefon
- Gespräch mit Thomas Kutschaty in Düsseldorf
- 100 Jahre Ortsverein Meinerzhagen

Die neuen Parteivorsitzenden begrüßt

In der Woche nach ihrer Wahl durch den Bundesparteitag am 6. Dezember, war unser neues Führungsduo, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, zu Gast in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion. Die holten sich ihre verdienten Glückwünsche ab und wir tauschten uns mit ihnen über den zukünftigen Kurs von Partei und Fraktion aus.

Begrüßung der neuen Parteivorsitzenden durch Rolf Mützenich (Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion). Bild: spdfraktion

Auch in Zukunft braucht es eine enge Abstimmung zwischen den verschiedenen Kraftzentren (Partei, Bundestagsfraktion, Regierung), um gemeinsam die richtigen Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Alle Seiten versprachen, diesen Austausch in den kommenden Monaten zu intensivieren sowie die Fokussierung auf die sozialdemokratischen Kernthemen zu verstärken und kraftvoll gemeinsam voran zugehen. Denn die SPD ist die treibende Kraft in der Regierungskoalition, die für die Verbesserung der sozialen Situation und den Fortschritt in diesem Land steht!

Azubi-Bestenehrung der IHK mit Preisträger aus Olpe

Im Rahmen der 14. Nationalen Bestenehrung der IHK wurde Anfang Dezember auch ein Spitzen-Azubi aus Olpe ausgezeichnet:

Herr Lütticke hat seine Prüfung zum Verfahrensmechaniker in der Hütten- und Halbzeugindustrie mit 97 von 100 Punkten bestanden und somit seine duale Ausbildung bei der Firma Gebr. Kemper GmbH & Co. KG (Olpe) mit großem Erfolg abgeschlossen. Gerne habe ich Herrn Lütticke im Rahmen der Ehrung persönlich gratuliert.

Rund 200 Spitzen-Azubis des aktuellen Jahrgangs wurden an diesem Abend für ihre tollen Leistungen ausgezeichnet.

Nezahat Baradari (MdB) mit dem Olper Spitzen-Azubi Herrn Lütticke

2019 in Gesetzen

Rückblickend auf das Jahr 2019 möchte ich an dieser Stelle einige beschlossene Gesetzesinitiativen erwähnen, die ich als besonders wichtig erachte.

1. Klimapaket: Was Deutschland schafft

Bild: pixabay

Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat, soll der CO2-Preis auf 25 Euro erhöht werden. Diese Mehreinnahmen sollen zur Entlastung bei der EEG-Umlage führen und zur Förderung von regenerativer Energien. Ebenso soll die Pendlerpauschale ab dem 21. Kilometer erhöht werden, damit Berufspendler nicht bestraft werden. Klimagerechtigkeit und sozialer Ausgleich sind unser Anliegen.

Die Einigung im Vermittlungsausschuss zeigt die Handlungs- und Kompromissfähigkeit nicht nur der Regierungsparteien, sondern auch unserer föderalen Demokratie insgesamt. SPD, CDU, CSU und die Grünen haben dem Verhandlungsergebnis zugestimmt – und stehen damit nun auch gemeinsam in der politischen Verantwortung für das Klimapaket. Mit dem umfassenden Klimaschutzprogramm 2030 aus Investitionen und Förderung, Ordnungsrecht, C02- Bepreisung und dem verbindlichem Überprüfungsmechanismus im von uns durchgesetzten Klimaschutzgesetz werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, damit Deutschland künftig die Klimaziele einhält. Während der internationale Klimaschutz derzeit ins Stocken gerät, wie die jüngste Klimakonferenz in Madrid auf eindringliche Weise verdeutlicht hat, kommt Deutschland nun einen großen Schritt im Klimaschutz voran. Das ist gut so, denn nichts zu tun, würde die Kosten des Klimawandels auch für Deutschland weiter in die Höhe treiben. Mehr zu den Beschlüssen des Vermittlungsausschusses gibt es ***HIER*** und Informationen zum Klimapaket findet ***HIER***.

2. Digitalpakt Schule: Beste Bildung für unsere Kinder

Bild: pixabay

Ein ebenso wichtiges, wie ursozialdemokratisches Thema ist eine gerechte Bildungspolitik. Bildung kann nur sozial gerecht funktionieren, wo Schulen gut und modern ausgestattet sind.

Deshalb haben wir, gemeinsam mit den Ländern, im März dieses Jahres den „Digitalpakt Schule“ verabschiedet. Die Verzögerungstaktik der CDU-FDP-NRW-Landesregierung bei der Auszahlung der Fördermittel wurde auf dem Rück der Schülerinnen und Schüler ausgetragen. Für Nordrhein-Westfalen stehen im Rahmen des „Digitalpakts Schule“ rund eine Milliarde Euro zur Verfügung. Mehr dazu ***HIER***.

3. Grundrente: Ohne Bedürftigkeitsprüfung

Ein weiterer großer Durchbruch ist uns, nach langem und hartem Ringen mit den Koalitionsparteien CDU/CSU bei der Grundrente gelungen. Bis zu 1,5 Millionen Menschen, die viele Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, aber im Arbeitsleben zu niedrige Löhne erhielten, sollen ab Januar 2021 eine faire und sichere Altersversorgung bekommen. Eine Bedürftigkeitsprüfung wird es dabei nicht geben. Mit so einer Prüfung würden nur rund 150.000 Menschen von der Grundrente profitieren. **Doch die getroffenen Vereinbarungen sind noch nicht als Gesetz beschlossen.**

Daher ist es der sozialdemokratische Auftrag in der Bundesregierung sowie im Bundestag dafür zu sorgen, dass die Grundrente weiterhin ohne Bedürftigkeitsprüfung und somit über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinaus, auch umgesetzt wird.

Mehr Informationen zu den Eckpfeilern der Grundrente sind ***HIER*** zu finden.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION
www.spdfraktion.de

3. Pflegelöhneverbesserungsgesetz: Respekt vor der Pflege

Im Oktober konnten wir auch in der Pflege nachbessern. Das war dringend nötig, denn: wer in der Pflege arbeitet, für andere Menschen da ist, leistet einen unschätzbaren Dienst für unsere Gesellschaft. Diese Arbeit muss mehr Wertschätzung erfahren.

Foto: Barabasa/ Shutterstock.com

Mit dem Pflegelöhneverbesserungsgesetz haben wir die Grundlage hierfür geschaffen. Das Gesetz ermöglicht dem Bundesarbeitsministerium eine Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Pflegebranche für allgemeinverbindlich zu erklären. Zudem wird die sog. Pflegekommission gestärkt.

Weitere Informationen sind ***HIER*** zu finden.

4. Solidaritätszuschlag: Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen beschlossen

Bild: pixabay

Mitte November konnten wir eine erhebliche Steuererleichterung für viele Menschen in Deutschland beschließen. Mehr als 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen von 2021 an keinen „Soli“ mehr bezahlen.

Millionen Bürger werden so finanziell deutlich entlastet, insbesondere Menschen mit geringem oder mittleren Einkommen sowie Familien. Lediglich für die absoluten Spitzenverdiener bleibt der Soli erhalten. Konkret wird die Freigrenze von 972 Euro/1.944 Euro (Einzel-/Zusammenveranlagung) auf 16.956 Euro/33.912 Euro angehoben. Die Beträge für das Lohnsteuerabzugsverfahren werden dementsprechend angepasst. In voller Jahreswirkung werden die Steuerzahler anfänglich um rund zehn Milliarden Euro und später (2022) um rund 11,2 Milliarden Euro jährlich entlastet. Mehr Informationen dazu gibt es ***HIER***.

5. Angehörigen-Entlastungsgesetz: Pflege darf nicht zur Armut führen

Bei Pflegebedürftigen, die ihre Pflegekosten zum Beispiel für einen Heimplatz nicht allein tragen können, übernimmt das Sozialamt vorerst die Kosten. Das Amt kann allerdings Teile dieses Geldes bei den Kindern zurückfordern.

Grafik: Iconic Bestiary / shutterstock.com

Mit dem neuen Angehörigen-Entlastungsgesetz, steigt die Einkommensgrenze des Freibetrags auf 100.000 Euro brutto. Gleiches gilt für Eltern von erwachsenen Kindern, die zum Beispiel wegen einer Behinderung, pflegebedürftig sind.

Mehr Infos zu dem Gesetz finden sich ***HIER***.

Beruflicher Aufstieg soll weiter gefördert werden - Höhere Zuschüsse für berufliche Fortbildungen

Bild: pixabay

Diesen Monat diskutierten wir die vorgesehenen Änderungen am Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFGB) das erste Mal im Bundestag. Mit diesem wichtigem Vorhaben wollen wir den beruflichen Aufstieg und die Fortbildung noch stärker fördern. Ganz konkret soll die höher qualifizierte Berufsausbildung gestärkt werden.

Bereits mit der Neufassung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) von Ende Oktober, wurden u. a. drei neue Bezeichnungen für Berufsabschlüsse eingeführt. Die nun vorgelegten Änderungen im AFGB schließen hieran an .

Die bereits im BAföG für Studierende eingeführten Verbesserungen werden mit diesem Gesetzentwurf auch im Bereich der beruflichen Fortbildung gelten. Ebenfalls umfasst die Novelle u. a. höhere Zuschüsse zu Prüfungs- und Lehrgangskosten, geringere Gebühren für bestandene Prüfungen und die komplette Übernahme der Unterhaltskosten während einer Vollzeitmaßnahme. Den vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung findet ihr ***HIER***.

Antrag zum Schutz des Waldes verabschiedet

In der letzten Sitzungswoche des Jahres hat der Deutsche Bundestag einen wichtigen Antrag der Koalition zum Schutz des Waldes in Deutschland beschlossen. Damit reagieren wir auf die zunehmenden Probleme der Wälder.

Dem Wald in ganz Deutschland, aber gerade auch in unserer Region geht es nicht gut: Stürme, Dürre, Schädlinge und Waldbrände haben schwere Schäden angerichtet. Davon konnte ich mich im August bei einem Besuch im Wald zwischen Olpe und Drolshagen selbst überzeugen. Den Bericht vom damaligen Besuch findet ihr ***HIER***.

Nezahat Baradari im August im heimischen Wald mit Annette Köhne-Dolcinelli und Christoph Weinreich (v.l.n.r.).

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages fordern wir mit dem Antrag die Bundesregierung auf, die vorhandenen Gelder aus dem Agrar- und Forstfördersystem, gezielter für unsere Wälder einzusetzen. Ebenso sollen Katastrophenschutzeinheiten, wie z. B. das THW und die Freiwilligen Feuerwehren, für die Waldbrandbekämpfung besser ausgestattet werden.

Für Forstbetriebe sollen temporär vereinfachte Regelungen beim Holztransport eingeführt werden, damit mögliche Schadensbeseitigungen an Wäldern schnell und effektiv durchgeführt werden können.

Auf Druck des Deutschen Bundestages stellt die Bundesregierung in den kommenden Jahren für Wiederaufforstungs- und Waldumbauprogramme 547 Millionen Euro zur Verfügung. Gemeinsam mit dem obligatorischen Länderanteil beläuft sich die Summe sogar auf rund 800 Millionen Euro.

Den beschlossenen Antrag findet ihr ***HIER***.

Brüsselreise als Bundestagsabgeordnete - Auf Spuren von Willy Brandt

Anfang November besuchte ich, zusammen mit den anderen Abgeordneten aus der Arbeitsgruppe Europa der SPD-Bundestagsfraktion, die S&D-Fraktion in Brüssel.

Die Themen waren unter anderem die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der 2. Hälfte in 2020, die Zusammensetzung der EU-Kommission, personell wie inhaltlich, und die Klimaschutzpolitik der EU.

Der sozialdemokratische Vizekommissionspräsident Frans Timmermans übernimmt als Kommissar die Aufgabe der Umsetzung des „new green deals“ und verantwortet somit eine echte Zukunftsaufgabe. Geplant sind dabei Ausgaben von 1 Billion Euro für den Klimaschutz.

Im Verbindungsbüro in Brüssel konnte ich einen Blick auf ein Stück echte europäische Geschichte werfen: Die Originalrede von Willy Brandt anlässlich des deutschen Kirchentages 1991 in Dortmund. Er thematisierte hier die Zukunft Europas angesichts der Wiedervereinigung Deutschlands. Es zeigt sich, dass damals wie heute die sozialdemokratischen Schwerpunkte dieselben sind: Verteilungsgerechtigkeit, globaler Klimaschutz, internationale Flüchtlingspolitik. Die gesamte Rede findet ihr ***HIER***.

Vor Beginn der Gespräche nutzte ich die Zeit aber auch für einen Rundgang durch das Europaviertel sowie durch die Ausstellung „Das Parlamentarium“ :).

Gemeinsamer Austausch mit Kolleginnen und Kollegen: (v.l.n.r., stehend) Johannes Schraps (MdB), Claudia Tausend (MdB), Christian Petry (MdB), Ismail Ertug (MdEP), Joachim Schuster (MdEP), Jens Geier (MdEP), Dietmar Köster (MdEP) (v.l.n.r., sitzend) Gabriele Bischoff (MdEP), Metin Hakverdi (MdB), Nezahat Baradari (MdB)

EU-Ausschuss zu Gast beim Bundespräsidenten

Wie muss sich die Europäische Union verändern, um auf die großen Fragen unserer Zeit (Klimawandel, Digitalisierung, Migration) die richtigen Antworten geben zu können? Worin liegen die zukünftigen Herausforderungen für die EU? Und wie kann Europas Rolle in der Welt noch sichtbarer werden? Um diese und weitere Fragen gemeinsam zu erörtern, lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Mitglieder des EU-Ausschusses ins Schloss Bellevue ein.

Gemeinsames Gruppenfoto vor dem Schloss Bellevue

Nach einem gemeinsamen Gruppenfoto und einleitenden Worten des Bundespräsidenten, entstand eine sehr interessante Diskussion über die grundsätzlichen Fragen zur Zukunft der Europäischen Union.

Mein Kollege Josip Juratovic (MdB) erwähnte, dass ich während einer Plenarsitzung im November medizinische Notfallhilfe geleistet habe. Daher zeigte ich dem Bundespräsidenten eine transportable Beatmungsmaske.

Jetzt rede ich: „Wir brechen das Schweigen“ - Hilfe für Frauen

Jeden Tag, in allen Teilen der Welt werden Frauen und Mädchen misshandelt, vergewaltigt oder ermordet – weil sie Frauen sind. Jährlich werden 50.000 Frauen und Mädchen von ihren Partnern oder der eigenen Familie ermordet. Jede dritte Frau in Deutschland ist mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. In diesem Zusammenhang war ich bereits am 08. Oktober 2019 gemeinsam mit unserem SPD-Ortsverein Olpe zu Besuch beim Verein "Frauen helfen Frauen". Dieser betreibt eine Beratungsstelle für Opfer häuslicher Gewalt in Olpe.

Der 25. November, als Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, ist ein weltweites Symboldatum dagegen. Anlässlich dieses Tages, habe ich mich an der Aktion „Wir brechen das Schweigen“ des Hilfetelefons „Gewalt gegen Frauen“ beteiligt. Das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" ist ein bundesweites Beratungsangebot für Frauen, die Gewalt erlebt haben oder noch erleben. Unter der **Nummer 08000 116 016** und via Online-Beratung werden Betroffene aller Nationalitäten, 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr und in 17 Sprachen unterstützt. Weitere Informationen zum Hilfetelefon gibt es ***HIER***.

Neue Publikationen der SPD-Bundestagsfraktion

In den vergangenen Wochen hat die SPD-Bundestagsfraktion zahlreiche neue Broschüren und Flyer veröffentlicht.

Ganz besonders möchte ich euch auf unsere neue Bilanz-Broschüre „Für ein solidarisches Land“ aufmerksam machen. Diese gibt es ***HIER***.

Alle Publikation der Bundestagsfraktion findet ihr unter:
www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen
Ebenso könnt ihr euch gerne eure Exemplare in meinen Wahlkreisbüros abholen.

Besuch bei SPD-NRW Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty (MdL) im Landtag in Düsseldorf

Vor rund drei Wochen besuchte ich gemeinsam mit Falk Heinrichs, ehemaliger Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Siegen-Wittgenstein, den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Thomas Kutschaty in Düsseldorf.

Gemeinsam sprachen wir über den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland. Vor dem Hintergrund der großen Anzahl von Menschen mit Migrationsbiografie müssen wir gemeinsam neue Anstrengungen unternehmen, diesen Personenkreis noch stärker insbesondere am politischen Leben teilhaben zu lassen. Ebenso ist es auch für die SPD eine große Aufgabe, uns noch stärker um die vielen Migranten, welche auch oftmals sozial benachteiligt sind, zu kümmern. In diesem Zusammenhang tauschten wir uns ebenso über den zunehmenden Rechtsextremismus aus.

Nezahat Baradari (MdB) gemeinsam mit Falk Heinrichs und dem Fraktionsvorsitzenden der NRW-SPD Thomas Kutschaty im Düsseldorfer Landtag (v.l.n.r.)

Ein weiteres Thema war die unzureichende medizinische Versorgung auf dem Land. Um die vom Grundgesetz her vorgegebenen „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ umzusetzen, braucht es für den ländlichen Raum eine besondere Initiative, speziell im Bereich der medizinischen Versorgung. Einer Bertelsmann-Studie zufolge sollen etwa 60 Prozent der Krankenhäuser geschlossen werden. Wir waren uns einig, dass dies für die Daseinsvorsorge vor Ort eine Katastrophe wäre. Daran anknüpfend tauschten wir uns ebenso über den Fachkräftemangel in der Erwachsenenpflege sowie in der Kinderkrankenpflege aus. Bei letztge-

Wege in die Politik

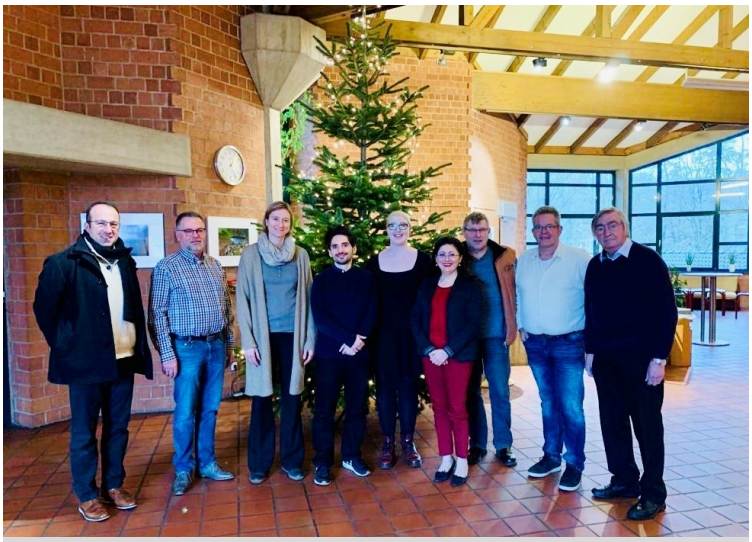
In der aktuellen Ausgabe des Kolping Magazins werden in einem spannenden Artikel Politikerinnen und Politiker aus verschiedenen Bereichen portraitiert.

Auch mein politischer Werdegang, als Kinderärztin im Bundestag, wird hier kurz vorgestellt. Der Artikel und die gesamte Ausgabe kann ***HIER*** gelesen werden.

Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit –Seminar mit drei Wissenschaftlern

In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete ich am 06. und 07. Dezember ein zweitägiges Seminar zum Thema „Klimapolitik und Soziale Gerechtigkeit“ in der Akademie Biggesee.

Die gut verständlichen Fachvorträge wurden von Experten der Universität Köln, von der EnergieAgentur.NRW sowie vom Forschungsinstitut Jülich gehalten.



(v.l.n.r.) Ramin Baradari, Wolfgang Langenohl, Dr. Sandra Venghaus (Jülich), Dennis Abel (FES), Mia Teufer, Nezahat Baradari (MdB), Chris Troester , Martin Kastner, Klaus Adamczyk

Über folgende Punkte wurde diskutiert:

- CO2-Preise
- Klimaprämie
- Pendlerpauschale, um gerade Menschen mit geringen Einkommen vor höheren Belastungen zu schützen und somit die Klimapolitik sozial verträglich zu gestalten.

Es ist von großer Bedeutung in der weiteren Debatte zum Klimaschutz Wissenschaftlern und Sachverständigen mehr Gehör zu schenken. Ebenso müssen alle ihre persönliche Verantwortung ernst nehmen und das eigene Konsumverhalten kritisch hinterfragen.

Um möglichst viele Menschen beim Thema Klimaschutz mitzunehmen, müssen wir den Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern verbessern.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche aus allen Altersschichten (von 16-80 Jahren) und aus verschiedenen Bereichen des Lebens (Schüler, Studenten, Rentner, Werkzeugmacher, Politologe, Ökonom, Umweltexperte, Mediziner sowie Kommunalpolitiker der SPD) kamen, betonten nach der Veranstaltung, dass sie einen großen Wissensschatz mit nach Hause nehmen.

100 Jahre Ortsverein Meinerzhagen

(v.l.n.r.) Volker Schmidt, Nezahat Baradari (MdB), Birgit Sippel (MdEP), Carina Gödecke (MdL), Gordan Dudas (MdL), Petra Freudenreich

Im Jahr 1919 wurde der SPD-Ortsverein Meinerzhagen gegründet. Dieses Jubiläum musste natürlich auch gefeiert werden. Ende November organisierten die Genossinnen und Genossen daher eine schöne Jubiläumsfeier an der ich gerne teilgenommen habe.

Ich wünsche euch auch auf diesem Wege nochmal alles Gute und viel Erfolg für die Zukunft!

Disput mit dem CDU-Abgeordneten Dr. Heider

Mein CDU-Kollege Dr. Matthias Heider hat in den vergangenen Wochen mehrfach versucht, sich mit teils absurden Aussagen in der Presse auf Kosten der SPD zu profilieren. Für mich stellt sich die Frage, ob Herr Dr. Heider im Falle einer Neuwahl Angst hat, nicht mehr von der CDU nominiert zu werden.

Scheinbar sieht er sich gezwungen, sich diesbezüglich in der Öffentlichkeit zu äußern und Behauptungen aufzustellen, die nachweislich falsch sind. Ich habe dies entsprechend versucht richtig zu stellen. Die drei Pressemitteilungen findet Ihr auf meiner Homepage ***HIER***, ***HIER*** & ***HIER***.

Jahresrückblicke in SPD-Newslettern

In den letzten Wochen sind zwei Beiträge von mir in den Newslettern von SPD-Ortsvereinen erschienen, auf die ich euch sehr gerne hinweisen möchte.
Zum einen ist im *„Attendorner Sozialdemokrat“* eine politische Bilanz der letzten zwölf Monate von mir erschienen, in der ich auf die sozialdemokratischen Erfolge auf Bundesebene hinweise. Diesen Beitrag gibt es ***HIER***.

Zum anderen habe ich für den Newsletter *„Unser Willy“* der SPD-Lüdenscheid ein Interview gegeben und dabei auf die vergangenen Monate zurückgeblickt. Diese Ausgabe findet ihr ***HIER***.

Kontakt

Bundestagsbüro Berlin

Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

nezahat.baradari(at)bundestag.de

030/22771260

Wahlkreisbüro Lüdenscheid

Knapper Straße 59
58507 Lüdenscheid

nezahat.baradari.wk02(at)
bundestag.de

02351/6631669

Wahlkreisbüro Attendorn

Niederste Straße 15
57439 Attendorn

nezahat.baradari.wk(at)
bundestag.de

02722/6576884

www.nezahat-baradari.de/

Folgt mir!